

SPÖ, ÖVP, Steuern und eine soziale Schieflage

Von Dogmen und Leistungsträgern: Die Steuerreformkonzepte, die ÖVP und SPÖ bisher vorgelegt haben, entlasten beide die Besserverdiener in der Gesellschaft. Arme haben nichts davon.

Hans Steiner

Steuerreformen bieten die Möglichkeit die lahrende Konsumnachfrage zu steigern, indem sie vor allem die unteren und mittleren Nettoeinkommen anheben. Sie können den sozialen und politischen Zusammenhalt stärken, wenn sie der wachsenden Einkommensungleichheit Einhalt gebieten. Werden die Steuerreformkonzepte von SPÖ und ÖVP diesen Anliegen gerecht?

Berechnungen ergeben folgende Aufteilung des Entlastungsvolumens (ohne die 500 Millionen Euro des ÖVP-Vorschlags zum Familienpaket und den Sozialversicherungsbeiträgen, da sie noch nicht im Detail vorliegen):

■ Der ÖVP-Vorschlag ermöglicht einer Person in der oberen Einkommenshälfte im Durchschnitt eine dreimal höhere steuerliche Entlastung als einer Person in der unteren Einkommenshälfte. Beim SPÖ-Vorschlag ist die durchschnittliche Entlastung für eine Person in der oberen Einkommenshälfte viermal höher als für eine Person in der unteren Hälfte.

■ Beim SPÖ-Vorschlag wird die untere Einkommenshälfte insgesamt mit einer Milliarde Euro und die obere Hälfte mit fünf Milliarden entlastet. Beim ÖVP-Vorschlag beträgt der Nettoeinkommenszuwachs bei der unteren Einkommenshälfte 400 Millionen Euro und bei der oberen 3,2 Milliarden Euro.

■ Bei beiden Vorschlägen bekommt das bestverdienende Einkommensfünftel insgesamt genauso viel wie die anderen 80 Prozent. Der SPÖ-Entwurf für das oberste Einkommensfünftel sieht ein um fast eine Milliarde Euro höheres Entlastungsvolumen vor als der ÖVP-Vorschlag.



Hans Steiner: Gutverdiener werden entlastet, Arme nicht.

Foto: privat

■ Bei beiden Konzepten ist die Gesamtentlastung für Männer doppelt so hoch wie jene für Frauen.

Es hängt natürlich auch von der Ausgestaltung der Gegenfinanzierung ab, wie sich die Einkommens- bzw. Vermögenspositionen der Menschen verändern werden. Geht es nach den Vorstellungen der SPÖ, würde die Reform durch Steuern der Allerreichsten

(in etwa ein Prozent der Bevölkerung) finanziert werden. Solche Abgaben sind ein fairer Ausgleich für die enormen Vermögenszuwächse, die überwiegend durch Wertsteigerungen im aufgeblähten Finanzsektor entstanden sind, und nur in wenigen Fällen durch die vielgepriesene „eigene Leistung“.

Aber was passiert, wenn sich die ÖVP als Beschützerin der Allerreichsten weitgehend durchsetzt und höchstens ein sehr bescheidener finanzieller Beitrag der Allerreichsten das Verhand-

lungsergebnis sein wird? Es ist zu befürchten, dass in diesem Fall die Einkommenschwächeren in doppelter Weise die Zeche bezahlen werden. Sie werden nicht nur noch weiter hinter den oberen Nettoeinkommen hinterhinken, sie werden es auch am stärksten spüren, wenn wegen leerer Kassen die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die Investitionen in die Infrastruktur und Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zurückgefahren werden.

Wesentliche Veränderungen in der Arbeitswelt werden ausgeblendet. Da sich die Einkommenssteuer auf das Jahreseinkommen bezieht, profitieren von den SPÖ- und ÖVP-Vorschlägen am meisten ganzjährig vollzeitbeschäftigte Personen. Diese Erwerbsform trifft aber für immer weniger Menschen zu. Derzeit ist es etwa die Hälfte der Beschäftigten. Mehr als eine Million Menschen sind nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt, vor allem wegen der stark ansteigenden Arbeitslosigkeit. Teilzeitbeschäftigung nimmt rasant

zu, Vollzeitbeschäftigung geht zurück. Für niedrige Jahreseinkommen, zu denen auch viele Gehälter in den Niedriglohnssektoren und ein Großteil der Pensionen zählen, sehen die beiden Konzepte nur wenig steuerliche Entlastungen vor. Personen mit geringen Jahreseinkommen zählen nicht zu den sogenannten Leistungsträgern, den Hauptadressaten der Reform.

Wer sind die Leistungsträger?

Offensichtlich diejenigen, die mehr verdienen und deshalb mehr Steuern zahlen, wie etwa die ganzjährig Beschäftigten, die nicht das Pech gehabt haben arbeitslos geworden zu sein. Und die Krisenopfer sollen bei der Steuerreform außen vor stehen. Keine Leistungsträger sind ebenfalls die hunderttausenden wenig verdienenden teilzeitbeschäftigten Frauen. Sie leisten einen Großteil der Haus- und Betreuungsarbeit und ermöglichen so, dass ihre Männer als Leistungsträger eine doppelt so hohe steuerliche Entlastung erhalten.

Das Dogma der SPÖ- und ÖVP-Steuerkonzepte lautet: Personen, die höhere Steuern zahlen, verdienen es, stärker entlastet zu werden. Verdienen sie es wirklich? Trotz gestiegener Steuerlast ist der Anteil der Besserverdienenden am Gesamtnettoeinkommen deutlich gestiegen. Die Steuervorschläge würden die wachsende Kluft zwischen unteren und oberen Einkommen weiter steigern.

Ein faires und für die Öffentlichkeit gut begründbares Ziel könnte sein, das geplante Entlastungsvolumen möglichst gleichmäßig auf alle einkommenssteuerpflichtigen Personen aufzuteilen. Beträgt das vereinbarte Entlastungsvolumen z. B. fünf Milliarden Euro, so entfällt auf jede betroffene Person eine jährliche Entlastung von circa 800 Euro. Im Vergleich zu den ÖVP- und SPÖ-Vorschlägen würden circa drei Viertel der Personen eine höhere steuerliche Entlastung erhalten.

Für die Realisierung dieses Ziels ist es erforderlich, weniger großzügig bei der Senkung der Steuersätze zu sein. Davon profitieren die Besserverdienenden. Ein stärkerer Ausbau der Negativsteuer und gewisser Absetzbeträge und eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Niedrigverdienende würden gezielt den unteren Einkommen zugutekommen. Bei einer gleichmäßigeren Verteilung der Steuerbegünstigungen des 13. und 14. Gehaltsunter den Lohnempfängern und Pensionisten könnte der Gestaltungsspielraum für eine faire Steuerreform erweitert werden. Derzeit bringt diese Steuerbegünstigung in der Höhe von sechs Milliarden Euro fast der Hälfte der Betroffenen null Vorteile und die sehr gut Verdienenden werden mit zehnmal höheren Beträgen entlastet als Personen mit Durchschnittseinkommen.

Fatale Konsequenzen

Die Steuerreform ist das größte Projekt dieser Regierung. Kommt keine faire Steuerreform zustande, so könnte das für die Regierungsparteien fatal ausgehen. SPÖ und ÖVP müssen der Gesamtbevölkerung und nicht nur den „Leistungsträgern“ ein attraktives Angebot machen.

HANS STEINER ist als Gutverdiener im öffentlichen Dienst ein Hauptnutznießer der Steuerreformvorschläge von SPÖ und ÖVP.



Grafik: Felix Grutsch

Uni-Budget: Fakten statt Behauptungen

Unis sind nicht ineffizient, im Gegenteil: Sie haben enorme Studierendenzuwächse gut bewältigt

Elisabeth Fiorioli

Wissenschaft unterscheidet sich von bloßem Meinen und Behaupten unter anderem dadurch, dass ihre Thesen und Argumente überprüfbar und nachvollziehbar sein müssen. Diese Standards sollten Wissenschaftler auch respektieren, wenn sie an der eigenen Community öffentlich Kritik üben, wie dies Thomas König hinsichtlich der Uni-Budgets („Keine schlechte Steigerung“ im STANDARD vom 17. 12.) getan hat. Als Erwiderung der polemischen **Rektorschelte** einige Fakten zum Thema Effizienz der Universitäten, seit diese 2004 in die Autonomie entlassen wurden:

Die Zahl der Studierenden hat sich in zehn Jahren durchschnittlich um 42 Prozent erhöht, in absoluten Zahlen ein Plus von 80.277 Köpfen – eine Größenordnung, die eigentlich die Neuerrichtung zweier Universitäten in der Dimension der Uni Graz und der Uni Innsbruck verlangt

hätte. Dennoch hat sich die durchschnittliche Studiendauer seit 2004 um drei Semester verkürzt. Die Zahl der Absolventen pro Studienjahr hat sich im selben Zeitraum um 69 Prozent erhöht. Die Anzahl des wissenschaftlich-künstlerischen Stammpersonals, das die Hauptlast der Studierendenbetreuung zu schultern hat, ist hingegen fast gleich geblieben. Das Angebot an Studienrichtungen wuchs von 650 auf 1062 im Wintersemester 2012. Gleichzeitig ist das Globalbudget, das jährlich pro Studierenden zur Verfügung steht, durchschnittlich um 3,9 Prozent gesunken, im Spitzenfeld beträgt diese Reduktion sogar ein Minus von 14 Prozent. Diese Zahlen stammen aus einem Bericht des Rechnungshofs.

Ein Wort zu den „barocken Strukturen“, die Thomas König anprangert: Einhergehend mit

der übermächtigen österreichischen Verwaltungstradition, ist ja auch deren Schelte ein beliebter österreichischer Volkssport, bei dem man gerne weit vom Boden der Tatsachen abhebt. Kritik auf dieser Fallhöhe ist dann leider selten konstruktiv. Daher auch dazu die Fakten: Mit der Autonomie haben die Universitäten eine große Zahl zusätzlicher Verwaltungsaufgaben übernommen, die zuvor das Ministerium innehatte. Und nicht wenige neue sind hinzugekommen, weil sich die Universitäten zunehmend als serviceorientiert verstehen, dies reicht von Kinderbetreuung über Ombudsstellen bis zu Career-Center. Und dennoch: Trotz dieser steigenden Ansprüche ist der Anteil des Verwaltungspersonals im Verhältnis zum Gesamtpersonal über die Jahre hinweg auf gleichbleibend stabilem Niveau geblieben.



Elisabeth Fiorioli: von wegen barocken Strukturen.

Foto: APA

Auch Andrea Schenker-Wicki, Prorektorin der Universität Zürich, kommt daher in ihrer kürzlich in der Österreichischen Forschungsgemeinschaft präsentierten Analyse der letzten zehn Jahre zu dem Schluss, dass die Autonomie zu einer besseren Performance der Universitäten geführt hat und sich eindeutig Effizienzgewinne nachweisen lassen, deren Gründe in Veränderungen der Systemebene liegen. Österreichische Universitäten sind – unter Berücksichtigung der Lehre – effizienter als Schweizer Unis.

Wenn Minister Mitterlehner im Zusammenhang mit dem Budget für die kommenden (und nicht abgeschlossenen – auch hier irrt Thomas König) Leistungsvereinbarungen das Augenmerk auf die Effizienz richtet, so wird damit endlich eine Erfolgsgeschichte der österreichischen Universitäten in das mediale Licht gerückt.

ELISABETH FIORIOLI ist Generalsekretärin der **Österr. Universitätenkonferenz**.